



Berlin, den 25. Februar 2010

Offener Brief der Verbände NABU, BUND und Deutscher Tierschutzbund an die saarländische Landesregierung zur konsequenten Umsetzung des saarländischen Koalitionsvertrages in den Bereichen Waldwirtschaft, Jagd und Tierschutz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Müller,

mit großem Interesse haben die unterzeichnenden Verbände den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung im Saarland zur Kenntnis genommen. Besonders positiv hervorzuheben sind aus unserer Sicht dabei die Abschnitte zur Neuregelung der Jagd und zur naturnahen Waldbewirtschaftung.

Wir möchten Ihnen mit diesem Schreiben unsere volle Unterstützung zu diesen Punkten zusagen und Sie darin bestärken, die vereinbarten Punkte zügig umzusetzen.

Ein konsequent naturgemäßer Waldbau und daran angepasste Wildbestände sind die effektivsten und gleichzeitig kostengünstigsten Instrumente um unsere Wirtschaftswälder in stabile, naturnahe Mischwälder zu überführen. Die drei Zukunftsherausforderungen der Forstwirtschaft – Sicherung der walddispersen Biodiversität, Anpassung an den Klimawandel und steigende Holznachfrage – lassen sich mit derartigen Wäldern am ehesten bewältigen. Dem öffentlichen Wald als „Wald der Bürgerinnen und Bürger“ kommt dabei eine besondere Verantwortung und Vorbildrolle zu.

Für den Aufbau zukunftsfähiger Wälder spielt auch die Jagd eine zentrale Rolle. Aus unserer Sicht ist es überfällig, das Jagdrecht an den neuen Erkenntnissen der Wildbiologie und an den Erfordernissen einer modernen Jagdpraxis auszurichten. Wir begrüßen deshalb die beabsichtigte Abschaffung der absurden Abschusspläne für Rehwild, ebenso wie die geplante Neuordnung der Jagdzeiten.

Auch in Naturschutzgebieten bedarf es eines ausgewogenen Wildtiermanagements. Wie im Koalitionsvertrag Ihrer Regierungskoalition festgehalten, sind dabei jedoch die Besonderheiten der Schutzgebiete zu berücksichtigen. Die Zweckdienlichkeit der Jagd in einem Schutzgebiet muss daher durch nachvollziehbare Kriterien von einer jagdlich unabhängigen Stelle festgestellt werden. Artenschutzrechtliche Bestimmungen aus dem Naturschutzrecht haben dabei Vorrang vor konkurrierenden Bestimmungen aus dem Jagdrecht.

Überkommene und tierquälerische Jagd- und Jagdausbildungsmethoden können nicht Teil einer tiergerechten und ethisch verantwortungsvollen Jagd sein. Die Abschaffung der nicht selektiven Fallenjagd und das Verbot für die Hundeausbildung an lebendigen Tieren halten wir daher für den richtigen Weg um der Eigenverantwortung der Jäger einen rechtlichen Rahmen zu geben und die Akzeptanz für die Jagd in der Bevölkerung zu stärken.

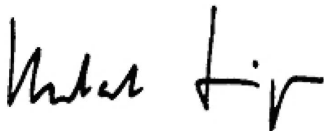
Wir sind der festen Überzeugung, dass das Saarland mit einer konsequenten Umsetzung dieser Vorhaben einen zukunftsfähigen Weg einschlägt, der auf das gesamte Bundesgebiet, und möglicherweise sogar darüber hinaus, eine hohe Ausstrahlungskraft haben wird.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen gutes Gelingen.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Tschimpke
NABU-Präsident



Hubert Weiger
BUND-Präsident



Wolfgang Apel
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes

Adressat:

Peter Müller
Ministerpräsident des Saarlandes und Minister der Justiz
Am Ludwigsplatz 14
66117 Saarbrücken

Kopien:

- **Umweltministerin des Saarlandes:**

Dr. Simone Peter
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr
Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken

- **Fraktionsvorsitzende der Regierungsparteien:**

Klaus Meiser
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion im Saarland

Horst Hirschberger
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion im Saarland

Hubert Ulrich
Vorsitzender der Landtagsfraktion von B90/Grüne im Saarland

Landtag des Saarlandes
Postfach 10 18 33
66018 Saarbrücken